



Kiel, 17. Oktober 2018

Nr. 321 /2018

Birte Pauls:

Behördendeutsch muss für alle verständlich sein

Zum SPD-Antrag (19/980) erklärt die stv. Vorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls:

Behördenschreiben sind oft zu kompliziert und stellen Bürgerinnen und Bürger vor unlösbare Verständnisprobleme. Viele Menschen haben Schwierigkeiten, amtliche Bescheide, die meist direkte Auswirkungen auf ihre Lebenssituation haben, zu verstehen. Dabei kann es weitreichende Konsequenzen haben, wenn behördliche Entscheidungen nicht nachvollziehbar und schwer verständlich formuliert sind. Die Beratungszahlen bei den Sozialverbänden steigen diesbezüglich an. Auch die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten weist seit Jahren auf diese Problematik hin. Wir wollen aus Behördendeutsch eine verständliche Sprache machen. Deshalb fordern wir die Landesregierung zu einer Reform auf, denn Verständlichkeit und rechtssichere Formulierungen stehen nicht im Widerspruch zueinander. Eine bürgerfreundliche Amtssprache muss serviceorientiert, klar und vor allem nachvollziehbar sein.

Anlage:

Antrag Drs. Nr. 19/980

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de



Antrag

der Fraktion der SPD

Bürgerfreundliche und verständliche Sprache in der Verwaltung fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass amtliche Bescheide von Landesbehörden an Bürgerinnen und Bürger in rechtsicherer, aber verständlicher Sprache, nachvollziehbar und übersichtlich formuliert werden. Amtliche Vordrucke sollen bezüglich einer bürgerfreundlichen Sprache überarbeitet werden. Eine zielgruppengerechte und bürgerfreundliche Amtssprache soll auch Bestandteil der Ausbildung von Verwaltungsfachpersonen in Schleswig-Holstein sein.

Die Landesregierung wird zudem aufgefordert, auch auf kommunaler Ebene sowie auf Bundesebene sich für eine bürgerfreundliche Amtssprache einzusetzen.

Begründung:

Viele Menschen haben Schwierigkeiten, amtliche Bescheide, die meist direkte Auswirkungen auf ihre Lebenssituation haben, zu verstehen. Dabei kann es weitreichende Konsequenzen haben, wenn behördliche Entscheidungen schwer verständlich formuliert sind. Die Beratungszahlen bei den Sozialverbänden steigen diesbezüglich an. Auch die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten beschreibt diese Problematik seit Jahren in ihren Tätigkeitsberichten.

Birte Pauls
und Fraktion